48. Kann die Revision darauf gegründet werden, daß in der Hauptverhandlung ein Zeugnis zur Verlesung gelangt ist, dessen Beeidigung im Vorverfahren ohne gesetzlichen Grund stattgehabt hatte?
 St.R.D. §§. 65. 250.

II. Straffenat. Ur. v. 29. Februar 1884 w. S. Rep. 369/84.

I. Landgericht Neuruppin.

Auß den Gründen:

Die Revision macht geltend, das amtsgerichtliche Protokoll vom 7. Juli 1882 enthalte wesentliche Mängel und sei daher zur Verlesung als Ersatz der Vernehmung der Zeugen K. und S. in der Hauptverhandlung nicht geeignet gewesen; denn nach §. 65 St.R.D. könne im vorbereitenden Verfahren die Vereidigung von Zeugen nur aus den in §. 65 Abs. 3 a. a. D. vorgesehenen Gründen erfolgen, während im Protokolle des Amtsgerichtes die Abnahme des Zeugeneides aus einem nach §. 65 Abs. 2 a. a. D. nur für die Voruntersuchung geltenden Grunde, nämlich damit motiviert werde: „daß ihr Erscheinen in der Hauptverhandlung wegen großer Entfernung besonders erschwert sein wird“. Nach Lage der Akten hat in dieser Sache eine Voruntersuchung nicht stattgehabt. Das Amtsgericht hat also die Beeidigung der Zeuginnen aus einem Grunde vorgenommen, der nach §. 65 a. a. D. nur in der Vor-

untersuchung Platz greift. Gleichwohl kann dem Angriffe keine Folge gegeben werden.

Der Revision kann zunächst nicht zugegeben werden, daß das Protokoll vom 7. Juli 1882 wegen des gerügten Verstoßes nicht für ein den Vorschriften des §. 186 St.P.O. entsprechendes zu erachten sei. Ein Mangel in der Form des Protokolles liegt nicht vor, auch läßt sich nicht behaupten, daß das Protokoll den beurkundeten Vorgang unvollständig wiedergebe. Insbesondere ergibt das Protokoll gemäß §. 65 Abs. 4 a. a. O. den vom Amtsrichter angenommenen Grund der Beeidigung. Ist der Grund ein unzutreffender, so liegt kein Mangel des Protokolles, sondern ein Irrtum in der beurkundeten Entscheidung des Richters vor.

Danach bleibt nur zu prüfen, ob diesem Irrtume ein Einfluß auf die Rechtsbeständigkeit des Urtheiles eingeräumt werden kann. Diese Frage muß verneint werden.

Ein Zusammenhang zwischen der irrigen Entscheidung des Amtsrichters und dem Urtheile der Strafkammer könnte nur von der Ansicht aus angenommen werden, daß die Strafkammer verpflichtet gewesen wäre, die ohne ausreichenden Grund im Vorverfahren erfolgte Beeidigung als rechtlich nicht vorhanden, die Eidesleistung also als nichtig anzusehen. Denn nur unter solcher Voraussetzung war die Strafkammer behindert, das Vernehmungsprotokoll in der Hauptverhandlung so, wie geschehen, zu benutzen. An sich ist aber eine aus irrigem Grunde erfolgte Beeidigung immer doch eine Beeidigung. Eine Fiktion, kraft welcher ein gegen die Vorschrift in §. 65 St.P.O. abgenommener Eid als nicht geleistet angesehen werden könnte, ist im Gesetze nicht aufgestellt, obwohl der Gesetzgeber schon in Rücksicht auf die Strafandrohungen der §§. 154 flg. St.G.B.'s ausreichenden Anlaß gehabt hätte, diese Folge ausdrücklich zu ziehen, wenn er sie hätte ziehen wollen. Die Strafprozessordnung hat vielmehr bezüglich der Beeidigung der zur Verlesung gelangenden Aussagen von Zeugen und Sachverständigen im §. 250 Abs. 3 a. a. O. nur vorgeschrieben, daß bemerkt werde, ob die Beeidigung stattgefunden habe, und damit klar angedeutet, daß der Grund der Beeidigung nicht einmal der Erwähnung, geschweige denn der Prüfung in der Hauptverhandlung bedürfe. Dieser Standpunkt erweist sich auch aus folgenden Erwägungen als der Natur der Sache entsprechend.

Die in §. 65 a. a. O. vorgesehenen Gründe, aus welchen eine Beeidigung von Aussagen im Vorverfahren erfolgen darf, sind insgesamt Zweckmäßigkeitserwägungen. Insofern aber solche Gründe maßgebend waren, konnte es sich nicht empfehlen, denselben eine solche Bedeutung einzuräumen, daß ein Fehlgreifen bei Anwendung der Vorschriften in vielen Fällen den Hauptzweck des Strafverfahrens, die Ermittlung des wahren Sachverhaltes, geradezu vereiteln müßte. Überdies sind die Voraussetzungen, unter welchen §. 65 a. a. O. die Beeidigung gestattet, in dem Grade dehnbar und unbestimmt,

vgl. Protokolle der Justizkommission des Reichstages S. 64. 66, daß die Frage, ob sie vorhanden waren, sich regelmäßig der Nachprüfung entzieht, und der §. 65 Abs. 4 a. a. O. gebietet auch nur die Angabe des Grundes der Beeidigung, nicht der tatsächlichen Unterlagen dieses Grundes. Ergiebt sich auch aus der Vergleichung der Abs. 2 u. 3 des §. 65 a. a. O. und aus den Verhandlungen der Justizkommission des Reichstages, daß für das vorbereitende Verfahren engere Grenzen der Beeidigung haben gezogen werden sollen, als für die Voruntersuchung, so leuchtet doch ein, daß vielfach die unter Abs. 2 des §. 65 zu bringenden Fälle mit den nach Abs. 3 a. a. O. zu behandelnden sich decken müssen und eine scharfe Scheidegrenze nicht gezogen werden kann. Muß sonach zugegeben werden, daß die Prüfung der Frage, ob für das Vorhandensein der in §. 65 Abs. 2 u. 3 bezeichneten Voraussetzungen ein ausreichender Anhalt vorliegt, ausschließlich dem Vorverfahren anheimfällt, so kann die Vorschrift in Abs. 4 a. a. O., nach welcher der Grund der Beeidigung im Protokolle anzugeben ist, nur den Zweck gehabt haben, eine größere Garantie dafür zu gewähren, daß der Richter die Vorschriften in §. 65 Abs. 1—3 a. a. O. beachte, nicht aber für die verhältnismäßig selteneren Fälle, in welchen eine Nachprüfung zu ermöglichen ist, diese herbeizuführen.

Hiernach war die Strafkammer berechtigt, die Aussagen der R. und der S. verlesen zu lassen und als beeidigt in Betracht zu ziehen.